



Niederschrift

**über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/HA/01/2013)
vom 11.03.2013**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hagen Klindt

Mitglieder

Herr Hans-Hugo Arp

Herr Martin Doepner

Herr Horst Etmanski

Vertretung für Frau Karin Nickenig

Herr Matthias Gnauck

Frau Heike Mews

Herr Wolf Mönkemeier

Vertretung für Frau Margrit Lüneburg

Frau Ulrike Mordhorst

Herr Markus Sinjen

Herr Otto Steffen

Herr Horst Wegner

Vertretung für Herrn Jürgen Cordts

Herr Dieter Winkler

von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

Gäste

Herr Peter Dieterich

Herr Jörg Erdmann

Herr Jörn Husen

Herr Heinz Lamp

Herr Wilfried Zurstraßen

Presse

Gabriele Butzke

Herr Thomas Christansen

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Frau Margrit Lüneburg

Frau Karin Nickenig

Beginn:

19:00 Uhr

Ende

21:00 Uhr

Ort, Raum:

24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.12.2012
4. Bericht der Verwaltung
5. Breitbandangelegenheiten
6. Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes des Kreises Plön zur überörtlichen Prüfung des Amtes Probstei für die Jahre 2008 - 2011
7. Bekanntgaben und Anfragen

AMTPR/BV/068/2013

AMTPR/BV/065/2013

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Amtsvorsteher Klindt, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Hauptausschussmitglieder und die Gäste. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den TOP 8 nichtöffentlich zu behandeln. Damit wird die Tagesordnung wie vorgesehen verhandelt.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.12.2012

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen.

TO-Punkt 4: Bericht der Verwaltung

Herr Amtsdirektor Körber berichtet zunächst über das Thema „Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel – Schönberger Strand“ und nimmt Bezug auf die Veranstaltung am vergangenen Mittwoch in Probsteierhagen. Dort war insbesondere gegenüber dem Land moniert worden, dass die Informationspolitik sehr schleppend gelaufen war, insbesondere auch das Amt Probstei sei im Vorwege gar nicht informiert worden. Man habe die Information lediglich aus der Presse erhalten. Die LVS habe nun reagiert und mitgeteilt, dass sie mit den Gemeinden in einen Dialog eintreten wolle. Letzten Freitag sei hierzu ein Schreiben der LVS – dies sei das 1. Schreiben der LVS überhaupt in dieser Angelegenheit- eingegangen. Ein konkreter Termin für ein Dialoggespräch stehe noch nicht fest, voraussichtlich wird dieser Anfang April terminiert sein. Er werde das Schreiben der LVS morgen in die Fächer legen.

Herr Amtsvorsteher Klindt berichtet ergänzend über die Inhalte der Veranstaltung in Probsteierhagen und die dortige Stimmungslage. Er selbst hätte sich frühere und inhaltlich konkretere Informationen gewünscht und diese Einschätzung sei dort auch deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Aus seiner Sicht werde sich nach derzeitiger Erkenntnislage der ÖPNV für den ländlichen Raum deutlich verschlechtern. In dieser Form habe er sich die Reaktivierung der Bahnstrecke nicht vorgestellt. Es werde höchste Zeit, dass die LVS den Dialog mit dem ländlichen Raum suche.

Herr Amtsdirektor Körber verweist anschließend auf ein Schreiben des Kreises Plön zum Thema „Regionale Einzelhandelssteuerung“ und berichtet über die seinerzeitige Informationsveranstaltung des Kreises hierzu. Insgesamt wurde die Frage aufgeworfen, ob sich das Kreisgebiet für ein solches Verfahren überhaupt eignet. Er selbst könne sich hier nur schwer eine kreisweite Lösung vorstellen, da die Verflechtungsbeziehungen im Einzelhandel eher wirtschaftlichen als kommunalverfassungsrechtlichen Bindungen unterliegen. Der Kreis habe die Ämter und Gemeinden um Rückäußerung gebeten, ob eine Teilnahme an der zukünftigen Steuerung von Einzelhandel auf der Grundlage interkommunaler Abstimmung befürwortet wird. Er bittet die Gemeinden, ihre Anregungen und Bedarfe mitzuteilen, damit von hier eine Meldung an den Kreis erfolgen kann.

Herr Bürgermeister Zurstraßen betritt den Sitzungssaal um 19:05 Uhr.

Herr Amtsdirektor Körber geht außerdem auf das Thema „Schulkostenbeiträge“ ein und verweist auf den bisherigen Verfahrensstand und ein Schreiben der Landrätin. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 habe man festgelegt, dass für den Vermögensanteil wieder eine pauschale Abrechnung in Höhe von 250 € anzusetzen sei. Diese Pauschalierung gelte aber nicht für das Jahr 2012. Der Kreis schlage nun vor, diese Regelung kreisweit auch für das Jahr 2012 anzuwenden. Er selbst hält diese Lösung für gut und wirbt dafür, dieser Regelung im freiwilligen Rahmen zuzustimmen, um nicht aufwendig spitz abrechnen zu müssen. Der Kreis habe darum gebeten, dass sich die Gemeinden bis Ende Mai äußern. Sollte er von den Gemeinden nichts Gegenteiliges hören, würde er dem Kreis eine entsprechende Zustimmung melden.

Herr Bürgermeister Zurstraßen ist der Auffassung, dass die vorgestellte Lösung ein pragmatischer und vernünftiger Weg ist. Insofern plädiert auch er dafür, diese Lösung auch für das Jahr 2012 anzuwenden. Für 2014 sollte man schauen, dass man eine Pauschalanpassung erreicht oder aber tatsächliche Kosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen abrechnet.

Herr Amtsvorsteher Klindt ist ebenfalls der Meinung, dass es keine andere Lösung für das Jahr 2012 gibt. Eine pauschale Lösung sei vernünftig und sachgerecht. Zum Thema „Einzelhandelssteuerung“ hält er die Idee einer Steuerung von Einzelhandel auf der Grundlage interkommunaler Abstimmung vom Ansatz her für überlegenswert. Man sollte daher durchaus über eine Teilnahme des ländlichen Raumes an einem solchen Arbeitskreis nachdenken.

TO-Punkt 5: Breitbandangelegenheiten
Vorlage: AMTPR/BV/068/2013

Herr Amtsvorsteher Klindt führt kurz in das Thema ein und verweist auf die bisherige Arbeit des Arbeitskreises.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet ergänzend, dass zwischenzeitlich das LLUR mitgeteilt habe, dass das Amt den Zuschlag erhalten, und dass die Förderquote 75 % betragen wird. Die Gemeinden wären damit mit einem Eigenanteil von 30.000 € dabei, so dass pro Gemeinde ein Anteil von 1.500 € anfalle. Er berichtet, dass er 10 Extratagesätze mit beantragt habe. Bis jetzt gebe es auch keine Aussage, dass diese nicht förderfähig sei. Er verweist außerdem auf eine gleichlautende Initiative des Kreises Plön. Das LLUR habe ihm gegenüber mitgeteilt, dass es dafür Sorge tragen wird, dass es hier inhaltlich nicht zu Doppelbeantragungen kommt. Ob der Förderbescheid bis zum Amtsausschuss vorliege, könne noch nicht gesagt werden. Das LLUR habe mitgeteilt, dass es einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht geben wird. Man wolle aber weiterkommen im Verhandlungsverfahren. Daher werde ggf. ein Vorratsbeschluss im Amtsausschuss erforderlich sein, auf dessen Grundlage der Arbeitskreis zu gegebener Zeit den Auftrag erteilen könne.

Herr Amtsvorsteher Klindt hält diesen Weg für eine praktikable Lösung. Der Arbeitskreis sei prädestiniert dafür, diese Entscheidung sachgerecht vorzubereiten und zu treffen. Er geht kurz auf die Auswertung der Angebote ein.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert ergänzend das Gewichtungssystem, das anhand von Kategorien vorgenommen worden sei. Alle Firmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert sind, sind vom Land benannt und können die Aufgabe grundsätzlich leisten. Die Auswertung betrifft eher das Verhältnis der Firmen zueinander. Er stellt sich anschließend den Fragen der Ausschussmitglieder zum Verfahren der Auswertung der Angebote.

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Amtsvorsteher Klindt vor, vor einer Entscheidung kurzfristig eine Sitzung des Arbeitskreises zu terminieren. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung. Der Arbeitskreis soll am Montag, dem 18.03. um 17:00 Uhr tagen. Herr Amtsdirektor Körber wird eine Einladung auf den Weg bringen.

TO-Punkt 6: Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes
des Kreises Plön zur überörtlichen Prüfung des Amtes Probstei für
die Jahre 2008 - 2011
Vorlage: AMTPR/BV/065/2013

Herr Amtsvorsteher Klindt führt in die Thematik ein und verweist auch noch einmal auf die Abschlussbesprechung zum Bericht der Ordnungsprüfung, die im Dezember stattgefunden hat. Das GPA habe dem Amt Probstei insgesamt attestiert, dass man im Personal- und Sachkostenbereich gut dastehe. Der Bericht weise auf kleine Unzulänglichkeiten in der Sachbearbeitung der Amtsverwaltung hin. Insgesamt könne man jedoch von einem guten Ergebnis sprechen. Er bittet Herrn Amtsdirektor Körber um Erläuterung der Stellungnahme zum Prüfbericht.

Herr Amtsdirektor Körber verweist hierzu auf die umfangreiche Vorlage. Ergänzend hierzu führt er kurz zum Thema „Rückstellungen“ aus, dass die Verwaltung sog. Pensionsrückstellungen für wenig sinnvoll erachte, da das Amt Probstei der VAK angeschlossen sei und entsprechende Umlagen entrichte. Über Beihilferückstellungen könne man dagegen sicherlich nachdenken. Er verweist hierzu auf die Beratungen im letzten Hauptausschuss und im Amtsausschuss. Herr Körber erläutert, dass man insgesamt die Rückstellungen einmal rechnen werde und dann in einem der nächsten Hauptausschüsse darüber berichten werde. Es schließt sich eine kurze Diskussion darüber an.

Der Vorsitzende berichtet, dass er dieses Thema in der nächsten Landesvorstandssitzung des SHGT thematisieren werde, um zu erfahren, wie andere Verwaltungen hiermit umgehen.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert ergänzend, dass das GPA dem Amt Probstei im Personalkostenbereich und auch in der Personalausstattung ein gutes Testat ausgestellt habe. Sicherlich gab es Mängel in der Sachbearbeitung, die im Bericht ausgewiesen worden sind, insbesondere im Baubereich. Hierzu weist er darauf hin, dass die Abwicklung aber zwischenzeitlich durch die Organisationsveränderung in der neuen Liegenschaftsabteilung zentralisiert worden sind, so dass diese Mängel hierdurch abgestellt werden.

Herr Bürgermeister Zurstraßen geht auf das Thema „Obdachlosenunterkunft“ ein und bietet hierzu an, in Verhandlungen mit dem Amt einzutreten.

Herr Bürgermeister Dieterich spricht das Ziel des Fusionsvertrages an, 1,8 Stellen pro 1.000 Einwohner zu erzielen. Dieses werde man wohl nicht erreichen. Hierzu mache der Prüfungsbericht auch eine entsprechende Aussage. Er frage sich, ob man dieses Ziel daher nicht einfach streichen sollte.

Herr Bürgermeister Zurstraßen erinnert an die seinerzeitigen Vertragsverhandlungen. Es sei sicherlich ein sehr ambitioniertes Ziel gewesen. Eine einfache Streichung dieses Zieles sei allerdings schwierig, da es den Vertrag insgesamt berühre.

Auf Nachfrage von Frau Gemeindevertreterin Mordhorst zum Thema „LOB“ erläutert Herr Amtsdirektor Körber, dass die Umsetzung der LOB auf jeden Fall geplant sei. Bisher war diese Aufgabe nicht leistbar und dies werde auch sicherlich noch für das Jahr 2013 gelten. Er selbst sei ein Befürworter dieses Systems. Wenn alle Organisationsveränderungen tatsächlich umgesetzt sind und alle Abteilungen rund laufen, werde auch dieses Thema angepackt werden können. In diesem Zusammenhang erinnert er an seine Ausführung im letzten Hauptausschuss zu den Personalbedarfen im Amt für Bürgerangelegenheiten. Zwei Abteilungen befinden sich derzeit in der Überprüfung dahingehend, ob die Fallzahlen, die seinerzeit dem BSL-Gutachten zugrunde lagen, heute noch gelten. Die Abteilungen liefern die aktuellen Fallzahlen, die dann der Firma BSL noch einmal zur Begutachtung vorgelegt werden sollen.

Herr Gemeindevertreter Etmanski verweist auf Seite 33/34 des Prüfungsberichtes. Hier habe er noch Aufklärungsbedarf. Herr Amtsdirektor Körber schlägt vor, diese Angelegenheit im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu thematisieren.

Auf Wunsch von Herrn Gemeindevertreter Etmanski erläutert Herr Amtsdirektor Körber außerdem die Stellungnahme zum Thema „HOAI-Abrechnungen“.

Herr Gemeindevertreter Wegner verlässt den Sitzungssaal um 19.55 Uhr. Er betritt ihn wieder um 19.57 Uhr.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss: Der Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, i.S.d. Ausführungen in der Vorlage eine Stellungnahme an das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön zu fertigen.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Amtsvorsteher Klindt erinnert an die Abschlussfahrt, die am 26.04. stattfinden soll. Bisher gebe es 18 Zusagen und 3 Absagen. Der Meldetermin laufe noch bis Ende der Woche. Er plane, auch die ehemaligen Bürgermeister dieser Wahlperiode mit einzuladen und ggf. auch die Ehefrauen, damit der Bus voll wird. Ziel sei Dithmarschen. Er habe dort entsprechende Kontakte geknüpft, um Dithmarschen aus mehreren Perspektiven kennenlernen zu können.

Herr Bürgermeister Gnauck spricht das Thema 380 KV-Leitung an und erkundigt sich, ob man zwischenzeitlich hier offiziell etwas Schriftliches erhalten habe.

Herr Amtsvorsteher Klindt erklärt, dass dies nicht der Fall sei. Er stellt kurz den bisherigen Verfahrensgang dar. Fakt sei wohl, dass die Trasse von Göhl nach Kiel nicht gebaut werde, sie sei aber wohl noch nicht endgültig vom Tisch. Das Amt werde jetzt eine klare und offizielle Stellungnahme vom Ministerium anfordern.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20:05 Uhr.

Herr Gemeindevertreter Erdmann und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungssaal.

gesehen:

Hagen Klindt
- Ausschussvorsitzender -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -